

Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen
c/o Alexander Schoch
Schützenstraße 9; 79189 Waldkirch



Kreisseniorerrat für den Landkreis Emmendingen e.V.
Herr Hanns-Heinrich Schneider
Steinstraße 19a
79341 Kenzingen

Antwortschreiben – Fragen des Kreisseniorerrates an die Kreistagsfraktionen

Sehr geehrte Frau Annegret Fox,
Sehr geehrter Herr Hanns-Heinrich Schneider,

vielen Dank für Ihre Fragen, die wir als Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen gerne beantworten. Erlauben Sie uns jedoch folgende grundsätzliche Anmerkung im Vorfeld.

In unserem Gesundheitssystem ist momentan nicht zu wenig Geld, sondern es wird nicht effektiv und effizient eingesetzt. Hierzu hat auch die Einführung der DRG beigetragen, die viele Krankenhäuser in die roten Zahlen getrieben hat. Die Gesundheitsversorgung ist für uns eine klassische Aufgabe der Daseinsvorsorge. Mit der in den letzten 15 Jahren zunehmenden Ökonomisierung wurde der Charakter der Gesundheitsversorgung verändert und ihre Grundprinzipien ausgehöhlt. Seit der Einführung des Fallpauschalensystems (DRG) und damit dem Vorrang ökonomischer Ziele, stehen die Krankenhäuser wirtschaftlich ständig unter Stress.

Die von der Landesregierung verpflichtend eingeführten Gesundheits- und Pflegekonferenzen sind wichtig um regionale Defizite in der Versorgung aufzeigen zu können und Handlungskonzepte für deren Behebung zu entwickeln.

So z.B. die ambulante Versorgungslücke nach Krankenhausaufenthalt, die von den Kassen und von der Bundesregierung immer wieder bestritten wurde, dass sie existiert wurde deutlich durch regionale Analysen oder das Thema Kurzzeitpflege, wo ebenfalls durch diese Konferenzen deutlich wurden, dass wir einen erheblichen Bedarf an Kurzzeitpflegeplätze haben.

Daher benötigen wir auch eine nachhaltige und breite Finanzierung des Gesundheitssystems, das bedeutet es müssen alle Menschen in eine Versicherung einbezahlen, was auch dazu beitragen würde, dass das Zweiklassensystem von Privatversicherten und gesetzlich Versicherten ein Ende hätte.

Viele Menschen im Landkreis machen sich Gedanken darüber, wie sie im Alter versorgt werden, falls sie pflegebedürftig und damit auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Eine Pflege-Bürgerversicherung kann dabei helfen diese Unterstützung vernünftig sicherzustellen. Mit ihren Beiträgen unterstützen alle Versicherten die Pflegebedürftigen. Diese Unterstützung wollen wir gerecht und stabil ausbauen.

Die von uns Grünen vorgeschlagene Pflege-Bürgerversicherung sichert allen Versicherten eine Finanzierung, die sich den unterschiedlichen Lebensphasen, den Höhen und Tiefen sowie den individuellen Herausforderungen des Lebens anpasst. Sie ist eine treue Begleiterin für das ganze

Leben: Ist das Gehalt oder der Gewinn bei Selbständigen nicht so hoch, fallen geringere Beiträge an. Ist das Einkommen im Alter geringer, sinkt der Beitrag. Sie ist gerecht und solidarisch, da alle BürgerInnen einkommensabhängige Beiträge in eine Versicherung einzahlen und damit finanzstarke Schultern mehr beitragen als finanzschwächere. Sie stabilisiert die Beitragssätze, da alle Einkommen und nicht nur Löhne und Gehälter Basis der Beitragsberechnung sind. Das ist gerecht und gleichzeitig entlastet es die jüngere Generation, da diese meist weniger Kapitaleinkommen hat. Das Grundprinzip lautet: Starke stehen für Schwächere ein, Gesunde für Pflegebedürftige und Jüngere für Ältere. Wir benötigen dringend eine solche Bürgerpflegeversicherung.

Noch eine letzte Anmerkung zur Finanzierung von Aufgaben des Landkreises. Der Landkreis Emmendingen gehört auf der einen Seite zu den höchst verschuldeten Landkreisen, aber auf der anderen Seite hat der Landkreis mit die niedrigste Kreisumlage in Südbaden. Dies gehört auch zur Wahrheit wenn es darum geht, dass der Landkreis vernünftige Rahmenbedingungen in der Sozial und -Gesundheitsinfrastruktur umzusetzen hat.

Nun, zu ihren Fragen:

Gesundheitsvorsorge:

Die Gesundheitsvorsorge ist uns ein zentrales Anliegen, daher haben wir es auch begrüßt, dass seit 2016 die Einrichtung von Kommunalen Gesundheitskonferenzen zur Pflichtaufgabe für die Stadt- und Landkreise geworden ist. Zur Umsetzung dieser Konferenzen stellt das Land Finanzmittel zur Verfügung. Die Kommunalen Gesundheitskonferenzen setzen sich aus delegierten Vertretungen der örtlichen Institutionen und Einrichtungen aus Gesundheitsförderung und Prävention, der gesundheitlichen Versorgung, der Selbsthilfe, des Patientenschutzes und den Institutionen und Einrichtungen aus dem Sozialbereich zusammen. Der Landkreis hat hierzu bereits 3 Gesundheitskonferenzen durchgeführt, zur vertragsärztlichen Versorgung, zur gesundheitlichen Entwicklung junger Menschen und zur Hospiz- und Palliativversorgung. Die Kreistagsfraktion der Grünen hat außerdem den Antrag gestellt vor dem Hintergrund des Verkaufs des Bruder-Klaus-Krankenhauses in Waldkirch ein regionale Gesundheitskonferenz für das Elztal durchzuführen um den Versorgungsbedarf herauszuarbeiten und Strategien zur Sicherung der ärztlichen und Versorgung und der Pflegeversorgung, was auch die Kurzzeitpflege beinhaltet zu entwickeln, hierzu gehört außerdem auch die Notfallversorgung. Außerdem haben wir den Antrag gestellt den Bedarf für Kurzzeitpflege aufgeschlüsselt nach Kommunen zu ermitteln.

Zu den Aufgaben von Kommunalen Gesundheitskonferenzen gehören regionale Analysen und Diskussionsprozesse zur Entwicklung kommunaler Ziele für die Bereiche der Gesundheitsförderung, Prävention, medizinischer Versorgung sowie der Pflege. Die Umsetzung dieser Ziele soll dann im Rahmen entsprechender Fachplanungen erfolgen. So war das Ergebnis der letzten Konferenz z.B. dass es an Kurzzeitpflegeplätze und Hospizplätze einen hohen Bedarf gibt und es dringend ein Konzept zur Sicherung des Bedarfs notwendig mache.

Wichtig dabei ist, dass die Pflegekassen verpflichtet werden, Empfehlungen der kommunalen Pflegekonferenzen beim Abschluss von Rahmen- und Versorgungsverträgen sowie beim Abschluss von Vergütungsvereinbarungen zu berücksichtigen.

Das Landärzteprogramm verfolgt das Ziel Ärzte aufs Land zu bringen, in dem eine finanzielle Unterstützung gewährt wird, um zur Verbesserung der ambulanten hausärztlichen Versorgung

beizutragen. Des Weiteren besteht eine Kooperation mit der Uniklinik Freiburg, die angehenden Ärzten im Kreiskrankenhaus Emmendingen einen Einblick in die Arbeit gibt, auch mit der Hoffnung verbunden, dass diese Ärzte später in eine Landarztpraxis einsteigen.

Die grüne Kreistagsfraktion hinterfragt kontinuierlich im Sozial- und Krankenhausausschusses des Kreistages die aktuelle Situation in der Gesundheitsversorgung im Landkreis.

Mobilität:

Wir haben grundsätzlich immer den Ausbau des ÖPNV, d.h. Netz und Fahrplan – Halbstundentakt in der Fläche, was gerade für den ländlichen Raum wichtig ist, in den Vordergrund gestellt. Bei der Tarifgestaltung sehen wir die Notwendigkeit die Kurzstrecke im ländlichen Raum deutlich billiger zu machen. Gerade wenn eine Gemeinde oder Stadt wie z.B. Waldkirch mehrere Haltepunkt der Breisgau S-Bahn innerhalb seines Stadtgebietes hat, ist die Kurzstrecke zu teuer. Hier fordern wir 1 € für das Kurzstreckenticket.

Grundsätzlich ist der Verkehrsverbund nicht zuständig für Leistungen, die eigentlich vom Bund bezahlt werden müssten. Daher sollte die Regio Karte z.B. für Hartz IV Empfänger selbstverständlich über die Sozialbehörde gefördert bzw. bezahlt werden, da Mobilität heutzutage ein wichtiges Element der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben darstellt.

Da jedoch die bundesgesetzlichen Regelungen eine solche Förderung nicht vorsehen und das Tarifsystem des Regioverkehrsverbundes bereits Vergünstigungssysteme im Tarif ausweisen, sehen wir in der gegenwärtigen Situation es als sinnvoll an für Hartz IV Empfänger/innen eine deutliche Tarifvergünstigung zu fordern.

Neben der Verdichtung des ÖPNV in der Fläche ist es dringend erforderlich in den Gemeinden für den Ausbau des ÖPNV, sei es durch einen eigenen ÖPNV, Bürgerbus und der Ergänzung von Anrufsammeltaxen und weiteren Mobilitätsmodellen eine Verdichtung des Angebotes zu erreichen.

Barrierefreiheit:

Die Umsetzung der Barrierefreiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss zum einen in den Kreiseinrichtungen und Kreisstraßen durch den Landkreis erfolgen, in den öffentlichen Einrichtungen in den Gemeinden und auf den Gemeindestraßen sind die Kommunalverwaltungen für die Umsetzung zuständig. Hier sind auf der einen Seite der Kreistag und zum anderen der Gemeinderat für die Umsetzung verantwortlich, hierzu gehört auch die Einführung der Leitsysteme für Sehbehinderte. Zum Beispiel im Bereich des ÖPNV wurden bereits an einigen stark frequentierten Haltestellen wurden die Leitsysteme für Sehbehinderte und Gehörlose eingeführt und sollen kontinuierlich im gesamten Landkreis umgesetzt werden.

Bezahlbarer Wohnraum:

Das Thema bezahlbarer Wohnraum ist derzeit ein wichtiger Faktor in der Daseinsfürsorge. Wir sehen die Notwendigkeit, dass bestehende Gebäude aufgestockt werden und Behindertenbeiräte und Seniorenbeiräte bei der Planung und Gestaltung im Gemeinderat bzw. in den Ausschüssen eingebunden und beteiligt werden. Für uns liegt der zentrale Schlüssel für mehr sozialen Wohnungsbau bei den Gemeinden und ihren Wohnbaugesellschaften, denn diese kennen die Bedarfe am besten. Sie sind gemeinnützig und müssen nicht nur auf Rendite schießen. Wir sind froh,

dass das Land die Kommunen mit einem bisher noch nie dagewesenen Wohnungsbauprogramm unterstützt. Wir sehen es als dringend an, dass eine Quartiersbezogene Wohnungsförderung stattfindet, um von Ghettos sozial Benachteiligter zu vermeiden, deshalb sollten alle Wohngebiete mit einer Sozialquote versehen werden.

Altersarmut:

Wir unterstützen sehr gerne die in verschiedenen Gemeinden des Landkreises tätigen Einrichtungen wie die Tafel, Kleiderladen u.a.. Ein Zuschuss für die Förderung eines Transporters z.B. an die Tafel könnten wir uns vorstellen. Für die Kunden dieser Einrichtung muss natürlich gewährleistet sein, dass sie diese Einrichtungen vernünftig besuchen können.

Wir würden eine Fördermitgliedschaft des Landkreises bei diesen Einrichtungen begrüßen. Einige Gemeinden des Landkreises machen dies bereits, ebenso wie verschiedene Ortsverbände der Grünen.

Grundsätzlich muss jedoch in diesem Zusammenhang auch hervorgehoben werden, dass wir als Bürgerinnen und Bürger, als Gemeinde oder Organisation durch die Förderung dieser Einrichtungen eine Aufgabe übernehmen deren Pflicht der Staat bzw. die Bundesregierung nicht nachkommt.

Generationendialog:

Der Generationendialog im Rahmen der Heimattage in Waldkirch war unseres Erachtens ein guter Auftakt, der weitergeführt werden muss. Die Jugendbeteiligung ist in der Gemeindeordnung bereits verankert. Wichtig ist es nun auch für andere Personengruppen die Einrichtung von Beiräten zu ermöglichen, wie für Senioren oder Behinderte, die ebenfalls ein Anhörungs- und Antragsrecht im Gemeinderat haben sollten. Die große Herausforderung der Kommunalpolitik ist es, ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern, indem wir die gesellschaftliche Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger stets im Blick haben und kontinuierlich daran arbeiten diese zu verbessern.

Zukunftsplanung:

Wie wir bereits unter dem Thema Wohnen ausgeführt haben ist die Quartiersentwicklung für uns sehr wichtig:

- hierzu ist es sinnvoll in den Quartieren niedrigschwellige Angebote zu schaffen, Schaffung von kommunalen Begegnungsmöglichkeiten hier sollen auch Beratungsangebote , Pflegeberatung und Hilfe im Pflegefall angeboten werden
- Kulturelle Veranstaltungen sollten sich nicht konzentrieren sondern in allen Stadtteilen stattfinden.
- Wir wollen die Mobilität durch ein attraktives Nahverkehrskonzept stärken, damit in den Städten die Ortsteile und die Gemeinden in der Fläche gut miteinander verbunden sind.
- Zu Quartierskonzepten gehören für uns auch die Schaffung neuer Wohnformen
- Einrichtung von Seniorenbeiräten und Behindertenbeiräte in allen Gemeinden des Landkreises

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Schuler

Alexander Schoch